

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Susanne Schütz und Horst Kortlang (FDP)

Sozialbetrug in der Landesaufnahmebehörde Braunschweig - Strafbefehle beantragt

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Susanne Schütz und Horst Kortlang (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 10.08.2020

Am 23.07.2020 berichtete der NDR in einem Artikel „Asylbetrug: Strafbefehl gegen Ex-Amtsleiter beantragt“ über aktuelle Entwicklungen bezüglich der Fälle von Sozialbetrug in der Landesaufnahmebehörde Braunschweig. Dem Bericht zufolge wurde beantragt, gegen einen ehemaligen Leiter der Landesaufnahmebehörde sowie seine Stellvertreterin Strafbefehle zu erlassen, da sie Betrugsfälle in der Landesaufnahmebehörde nicht verhindert und damit einen Schaden in Millionenhöhe zu verantworten hätten.

„Laut Staatsanwaltschaft soll die stellvertretende Leiterin die aufmerksame Frau angewiesen haben, die Unterlagen in das Archiv der Behörde zu bringen, um die von ihr aufgedeckten Mehrfach-Registrierungen zu verschleiern und zu verhindern, dass eine strafrechtliche Verfolgung der Asylbewerber in Gang gesetzt werde“. Der Leiter soll bei dem Gespräch dabei gewesen sein und habe es nicht unterbunden“ (NDR, 23.07.2020).

1. Gibt der Bericht den Sachverhalt zutreffend wieder? Wie stellt sich der Sachverhalt nach Kenntnis der Landesregierung dar?
2. Wegen welcher Straftatbestände wurden Strafbefehle beantragt?
3. Handelt es sich um Vorsatztaten?
4. Wie hoch ist der durch den Sozialbetrug entstandene Schaden für den Landeshaushalt?
5. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Staatsanwaltschaft, dass das Verhalten der Beschäftigten Straftatbestände erfüllt?
6. Sind aufgrund der Vorwürfe beamten- oder arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen die Beschäftigten erhoben worden? Wenn ja, welche? Wenn nein, wieso nicht?
7. Sind etwaige Rückgriffsansprüche gegen die Beschäftigten bereits verjährt? Falls ja, wieso wurden keine verjährungsunterbrechenden Maßnahmen ergriffen? Falls nein, welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen bzw. sollen ergriffen werden? Wurde bzw. wird der Schaden in voller Höhe geltend gemacht?
8. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um der Gefahr einer Wiederholung in der Zukunft vorzubeugen?
9. Wurden die Beschäftigten der Landesaufnahmebehörde über den Vorgang informiert? Falls nein, ist dies zur Vorbeugung noch beabsichtigt?
10. Sind der Landesregierung weitere ähnliche Fälle bekannt? Wenn ja, welche?